

Seignepreis:
Bierjährlich
für 2 Lit. 0 Pf.
Bei den Postanstalten
(inkl. Bestellgeld)
2 Lit. 90 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Ditz.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 20 Pf.
Kleinzeile 10 Pf.
Ausgabestelle:
Ditz, Rosenstraße 36.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein, Bad Ems.

Verbunden mit dem

Amtlichen Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Nr. 21

Ditz, Freitag den 25. Januar 1918

24. Jahrgang

Die Deutschen amtlichen Berichte.

Berlin, 24. Januar abends (W. V. Amlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

W. B. Großes Hauptquartier, 24. Januar (Amtlich.)

Östlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Wegen Erkundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Gefangene ein. An der Bahn Kijinghe-Staden wurden 6 Maschinengewehre erbeutet.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

In vielen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südwestlich vom Dojran-See scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister
Mudendorff.

Deutschland.

W. B. Berlin, 22. Jan. Das Kriegsernährungsamt teilt amtlich mit: Die von einer Nachrichtenstelle verbreitete Mitteilung, das Kriegsernährungsamt habe der Neuge-
haltung des Ernährungssystems zugestimmt, welches zum Ziele hat, die bisherige Tätigkeit der Kom-
munalverbände und Behörden durch eine genossenschaft-
liche Organisation der Erzeuger zu ersetzen, entspricht nicht den Tatsachen. Wichtig ist nur, daß eine von verschiedenen
landwirtschaftlichen Körperschaften eingereichte Denkschrift,
die diesen Plan verfolgt, Gegenstand von Besprechungen
ist, die noch fort dauern. Das Kriegsernährungsamt, weder
sein Vorstand noch der Beirat des Kriegsernährungsamtes,
haben sich mit dem Projekt beschäftigt. Von einer bereits
erfolgten Entschließung des Staatssekretärs kann somit
keine Rede sein.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 22. Januar.

Am Regierungstisch: Kommissare.

Vorher erklärte das Abgeordnetenhaus sein Eingeständ-
nis mit der endgültigen Fassung des Artikels 1, Ziffer 7,
des Entwurfs eines Kriegsgesetzes zur Vereinfachung der
Verordnung, wie es sich aus den Beschlüssen der dritten
Sitzung ergab.

Nach Erledigung von Rechnungsachen folgte die Be-
ratung des Antrages des Abg. Dr. Heß (Ztr.) und Ge-
nossen, um Befreiung der Bevorratung von Vorschülern
vor den Volksschülern. In dem Antrag der Unterrichts-
kommission wird die Staatsregierung ersucht, Maßnahmen
für die Volksschule zu treffen, durch welche die Aufnahme in
höhere Schulen der Volksschüler unter nicht ungünstigen
Bedingungen ermöglicht wird als den Vorschülern. Nach
kurzen Ausführungen der Abgg. Kallée (Konj.), Heß
(Ztr.), Wittrock (Wpt.), Hänisch (Soz.), Planken-
burg (natl.) und Ramdohr (freikons.) wurde der Antrag
der Kommission angenommen.

Es folgte die Beratung des Antrages der Abgg. Fär-
ringer und Genossen auf Errichtung eines Bankinstituts
zur Gewährung von Schiffsdarlehen. Die Handels- und
Gewerbekommision beantragt, die Staatsregierung zu er-
suchen, in Erwägung zu ziehen, wie das für die deutsche
See- und Binnenschifffahrt bestehende Bedürfnis nach
Schiffsdarlehen befriedigt werden soll. Nach Bericht des
Abg. Dr. Pöhl (Ztr.) über die Verhandlungen der Kom-
missionen und zukünftigen Erklärungen der Abgg. Fär-
ringer (natl.), Dr. Erüger (Wpt.), Hammer (Konj.)
und Brandmann (Ztr.) wurde der Kommissionsantrag an-
genommen.

Darauf berichtete Abg. Pöhl (Wpt.) über die Verhand-
lungen der Justizkommission über den Antrag Kronson
(Wpt.) betreffend das Haltekinderwesen. Im Antrag der
Kommission wird die Regierung ersucht, auf eine reichs-
gesetzliche Regelung des Haltekinderwesens einzulösen,
durch welche eine einwandfreie Pflege der Haltekinder und
Beaufsichtigung der Ziehmütter gewährleistet wird, mit der
Maßgabe, daß bis zur reichsgesetzlichen Regelung auf eine
heimliche Fürsorge für die Haltekinder durch landesgesetzliche
Maßnahmen Bedacht genommen wird.

Abg. Fäßbender (Ztr.) begründete seinen Antrag auf
gesetzliche Regelung des Haltekinderwesens, dem die Abgg.
Lieber (natl.) und Dr. Mugdan (Wpt.) zustimmten.
Der Antrag Fäßbender wurde angenommen. Damit waren
die Anträge Kronson und der Kommissionsantrag erledigt.

Es folgte die Beratung des Antrages des Abg. Hammer
(Konj.) und Genossen über den Wiederaufbau des Hand-
werks nach dem Krieg in Verbindung mit der Beratung
des Antrages Kronson und Genossen über die Wiederauf-
richtung des gewerblichen Mittelstandes. — Die Handels-

und Gewerbekommision schlägt zur Förderung des Hand-
werks eine Reihe von Maßnahmen vor, die sich besonders
beziehen auf den Erwerb von Rohstoffen, Beschaffung von
Arbeitsaufträgen, Beschaffung von Arbeitsparmaschinen,
Pflege des Genossenschaftswesens, Zulassung von Vesi-
rungen an Reichs- und Staatsbehörden, Umgestaltung des
Berufungslehrens, Förderung der beruflichen Ausbildung,
Förderung der Pflichtfortbildungsschulen, Darlehnsgebi-
rung und Befreiung der das Handwerk schädigenden Zucht-
hausarbeit. Ferner wird gefordert, daß Gesetzentwürfe, die
für das Handwerk wichtig sind, erst nach vorheriger Begut-
achtung durch die Handels- und Gewerbekammern zu er-
leiben sind. Abg. Hammer (Konj.) erstattete Bericht
über die Verhandlungen der Kommission.

Sitzung vom 23. Januar 1917.

Die vom Herrenhaus herübergekommenen und von
diesem in wesentlichen Punkten abgeänderten Entwürfe
eines Wohnungsgegesetzes und Bürgerrechtsver-
sicherungsgegesetzes wurden an den zuständigen Aus-
schuß zurückverwiesen, mit der Maßgabe jedoch, daß, um
keine Verzögerung in der Verabschiedung der Gesetze ein-
treten zu lassen, die Ausschussberatung noch heute, die ab-
schließende Beratung im Gesamthaus am 24. d. M. statt-
finden soll. Darauf wurde die gestern abgegebene Aus-
sprache betr. Wiederaufbau des Handwerks und
des gewerblichen Mittelstandes wieder aufgenommen.
Abg. Dr. Pöhl (Ztr.) dankte für die gestrigen handwerks-
freundlichen Worte vom Regierungstisch und erklärte sich
ebenso wie die Abgg. Schrader (H.) und Dr. Schröder-
Gallert (natl.) für die Ausschussanträge, die ein großzügiges
Handwerksprogramm enthalten. Die zu dem Gegenstand
vorliegenden Anträge wurden einstimmig angenommen.
Das Haus wandte sich nunmehr der Frage der Berufs-
beratung und Lehrstellenvermittlung zu. Von konservativer
Seite ist beantragt, unter Heranziehung entsprechender Bei-
hilfen von leistungsfähigen Gemeinden und von Interjesen-
treuen angemessene Staatsmittel für den gedachten Zweck
zur Verfügung zu stellen. Die Antragsteller verfolgen dabei
das Ziel, dem Handwerk einen geeigneten Nachwuchs zu
sichern. Dieser Antrag wird nach längerer Beratung dem
Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen. Eine gleich-
zeitig behandelte Eingabe der Gesellschaft für Sozialreform,
die eine reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises
fordert, wird der Staatsregierung zur Erledigung über-
wiesen. Die Sozialdemokraten hatten Ueberweisung zur Be-
rücksichtigung beantragt. Es folgten einige weitere Anträge,
von denen aber nur die Frage der Ausgleichung der Ge-
meindelaften auf dem Gebiete der Volksschulunterhaltung
längere Auseinandersetzungen zeitigte; der betr. Antrag der
Nationalliberalen wird dem Reichshaushalsausschuss über-
wiesen. Donnerstag: Wohnungsgegesetz; Anträge.

Der Reichstagsausschuß.

W. B. Berlin, 23. Jan. Der Hauptausschuß des
Reichstags nahm heute nach längerer Aussprache im An-
schluß an die Zensurdebatte nachstehenden Antrag an,
den Absatz 1 des einzigen Artikels des Kriegszustandsgesetzes
vom 4. Dez. 1916 dahin abzuändern: Bis zum Er-
lass des in Artikel 68 der Reichsverfassung angeführten
Gesetzes über den Kriegszustand wird gegenüber Anord-
nungen der Militärbehörden, so weit sie sich nicht auf
die Zensur und das Vereins- und Versammlungsrecht be-
ziehen, eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle
und Beschwerdestelle errichtet. So weit sich diese Anord-
nungen auf die Handhabung der Zensur und das Vereins-
und Versammlungsrecht beziehen, ist der Reichskanzler Auf-
sichtsstelle und Beschwerdestelle. — Angenommen wurde
ferner ein Antrag Dr. Cohn (Unabh. Soz.) auf Vorlegung
einer Novelle zum Schutzhaftgesetz, die nach Mitteilung
des Staatssekretärs bereits in Ausarbeitung ist.

Der Kanzler im Hauptausschuß.

Der Reichskanzler hielt gestern die lange erwartete
Rede im Hauptausschuß. Er erörterte zunächst die Verhand-
lungen in Brest-Litowsk, die zu dem Ergebnis geführt
haben, daß Deutschland dem Verband gegenüber in keiner
Weise mehr gebunden ist. Dann wandte er sich gegen die
Reden von Lloyd George und Wilsons bekannte Friedens-
forderungen.

Oesterreich-Ungarn.

W. B. Wien, 21. Jan. Meldung des k. u. k. Kor-
respondenzbüros. Die deutsch-böhmische Vereinigung be-
zieht, im Abgeordnetenhaus eine Erklärung abzugeben,
in der gegen die Bestrebungen der Tschechen entschieden
Stellung genommen und die Errichtung einer selbständigen
Provinz Deutsch-Böhmen mit allen Eigenschaften
und Rechten sowie Einrichtungen eines Kronlandes im
Rahmen des Kaisertums Oesterreich ohne irgendwelche Ab-
hängigkeit von dem tschechischen Teile Böhmens gefordert
wird. Die Deutschböhmen werden den Landtag des König-
reichs Böhmen niemals anerkennen und keinesfalls dulden.
Sie verlangen für die Provinz Deutschböhmen eine eigene

Landesvertretung, aufgebaut auf dem allgemeinen, gleichen,
unmittelbaren Wahlrecht und die Abgrenzung und Ver-
einigung der deutschen Gebiete Böhmens und für dieses
Gebiet alle einem Kronlande zukommenden Zentralstellen,
Ansprüche und Einrichtungen, ferner die Zurückziehung aller
tschechischen Staatsbeamten und Diener aus Deutschböh-
men sowie die ausschließliche Geltung der deutschen Sprache
in Amt und Schulen dajelbst.

Budapest, 24. Jan. Der Pest Lloyd teilt mit, daß
Ministerpräsident Dr. Bekerle die Gesamtdemissi-
on seines Kabinetts bereits überreicht habe.

Verfrähte Hoffnungen der Donaumonarchie.

W. B. Wien, 23. Jan. Der Kriegsberichterlatte
des Neuen Wiener Tagblatts hatte eine Unterredung mit
dem Chef des Generalstabs Hr. v. Arz, der sich gegen-
über dem Berichterstatter über die jüngste Auslandsbewe-
gung ähnlich äußerte wie gegenüber dem Vertreter der
Arbeiterzeitung, sodann abermals den unverrückbaren Friede-
nswillen der Monarchie betonte und erklärte, daß er
selbst den Frieden herbeiwünsche. Hr. v. Arz wies sodann
gleichfalls auf die Unmöglichkeit der Zurückziehung der
Truppen aus den besetzten Gebieten hin, und ein der Un-
terredung beizuhörender Offizier fügte zur Erläuterung hin-
zu, daß der größte Teil der russischen Truppen, die in dem
noch vom Gegner besetzten Zipfel Ostgaliziens ständen,
ihre Schützengraben verlassen hätten, und daß Räuberbanden,
die aus russischen Marodeuren gebildet seien, sengend
und plündernd die Gegend durchzögen. Der Generalstabs-
chef verwies sodann darauf, daß man immer nur von der
Möglichkeit eines baldigen Friedensschlusses mit Rußland
spreche und dabei übersehe, daß der übrige Verband noch
keinen Schritt zum Frieden getan habe. Er fuhr fort:
Sie sehen, wie heftig sich selbst Rumänien gegen den Eintritt
in Friedensverhandlungen sträubt. Italien scheint zu über-
sehen, daß wir tief in seinem Gebiet stehen, und spricht
noch immer von einer Angliederung von Trient und Triest.
Mit keinem Wort hat der Verband bisher die Selbstver-
ständlichkeit der Rückgabe der deutschen Kolonien betont.
Aus allen diesen Gründen erscheinen mir die hochgespann-
ten Friedenshoffnungen, die sich in den letzten Wochen in
der Bevölkerung verbreitet haben, verfräht.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

W. B. London, 23. Jan. Renaudel sagt in einer
Rede auf dem Arbeiterkongress in Nottingham:
Bis jetzt wäre es nicht gelungen, von den deutschen Unter-
händlern eine Zusage zu Gunsten der Grundsätze, die durch
die russische Delegation formuliert seien, zu bekommen.
Deutschland müsse sich in strittigen Fragen dem Urteil
der Welt unterwerfen, besonders in der Frage Elisch-Loth-
ringens, die nicht eine territoriale Frage, sondern eine
Frage der Wiedererlangung der allgemeinen Rechte sei, ohne
die die russische Formel nutzlos wäre. Er fügte hinzu, daß
die Desannexion der Volksbestimmung dieser broien Pro-
vinzen vorangehen müsse. — Ramsay MacDonald erklärte,
daß ein Frieden, der nicht die Unabhängigkeit Belgiens
sichere, ein falscher Frieden sei und weitere Kriege unver-
meidlich zur Folge haben wird.

Rußland.

W. B. New York, 21. Jan. Associated Press me.ort
aus Petersburg vom 20. Januar: Die früheren Mitglieder
des Kabinetts Kerenski, Tschingarew und Kotsch-
schin wurden letzte Nacht im Marinehospital, wohin sie
aus der Peter- und Paulsfestung krankheits halber verbracht
worden waren, in ihren Betten ermordet. Ein Duzend
bewaffneter Männer drangen in das Hospital ein, fragten,
wo die Minister lägen und feuerten sechs Schüsse auf
Tschingarew und zwei auf Kotschschin ab. Die beiden wurden
getötet. Die Mörder verließen dann das Hospital.
Weiter wurde gestern ein Mordversuch gegen den bolsche-
wistischen Wahlkommissar Utrisch unternommen. Die Kugel
treffe ihn am Ohr.

W. B. Petersburg, 22. Jan. Meldung der Peters-
burger Telegraphenagentur. Die Volkskommissare sind be-
nachrichtigt worden, daß die Polizei die Spur der Mörder
Tschingarews und Kotschschins gefunden hat.

W. B. Köln, 25. Jan. Die Köln. Ztg. meldet von der
französischen Grenze: Der Matin will wissen, daß die
autonome Republik Bessarabien, die sich in Risch-
nevo gebildet habe, sich mit Rumänien vereinigt oder sich
ihm als Bundesstaat angeschlossen habe. Das Blatt bemerkt
hierzu: Wenn die Ukraine fortfahren sollte, mit allen
Mitteln zu versuchen, Rumänien in ihre Friedensverhand-
lungen hineinzuziehen, so wäre diese Vereinigung Rumä-
niens und Bessarabiens im Voraus eine ausgezeichnete
Antwort darauf und würde bedeutsam die Widerstandskraft
erhöhen, von der Rumänien bereits so tapfer Zeugnis
abgelegt hat. Durch diese Bemerkung zeigt der Matin, daß
man es bei seiner Nachricht wohl eher mit einem frommen
Wunsch, als mit einer Tatsache zu tun hat.

Spindel, Die